



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die handelspolitischen Conferenzen zu Bamberg und zu Darmstadt.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

theidigen und leicht den Nachbar überfallen zu können; auf die Bewohner dieser Domainen kam es ihnen nur zu oft wenig an. Das war damals so, das ist aber kein Grund, daß es immer so bleiben muß. Der Begriff vom Staat ist ein höherer geworden, ein concreterer, wir haben jenen Begriff des Arrondirens keineswegs vollständig aufgegeben, aber er hat nur noch eine untergeordnete Bedeutung. Uns kommt es vor allen Dingen darauf an, daß der Staat auf der Basis einer sittlichen Gemeinschaft beruhe, daß jeder Bürger desselben das Gefühl habe, zu einem großen Ganzen zu gehören, nicht bloß der willenlose Knecht einer fremden Macht zu sein. Für diese sittliche Gemeinschaft giebt die gleiche Nationalität, die nicht bloß in der Gleichheit der Sprache, sondern vorzugsweise in der Gleichheit der rechtlichen Verhältnisse und in der Gemeinschaftlichkeit der wesentlichen Interessen liegt, zwar nicht die ausschließliche, aber die solideste Basis. Am wenigsten Schonung dieser auf die Länge unbezwinglichen Idee gegenüber verdienen solche Staaten, die ihrer ganzen Lage und Beschaffenheit nach jedes edle und höhere Gefühl in der elendesten kleinlichsten Philisterhaftigkeit ersticken müssen. Wenn die Lage eines solchen Staatencomplexes von der Art ist, daß ein energischer und klar sehender absoluter Fürst aus der alten Schule darin einen Antrieb sehen würde, seine Macht zu entwickeln, so ist der Umstand, daß jetzt der klar herausgebildete Instinct seines Volks ihn von selber dazu auffordert, doch wol nicht übertrieben revolutionärer Natur, und die Rücksicht, die ein kluger Fürst darauf nimmt, bequeme Grenzfestungen, havenreiche Küsten und sichere Gebirgsgrenzen zu haben, ist doch wol in keiner Weise sittlicher, als der Beruf, über eine mächtige und stolze Nation zu gebieten, die ihn als ihren Ersten, als den Träger ihres Ruhms verehrt. Schon in den Zeiten des Absolutismus waren nur die Kriege erfolgreich, die zugleich im Lande populair waren.

Sollte aber dieser Gedanke revolutionair sein, und dagegen jene diplomatische Abzählung von Seelen, wie sie auf dem Wiener Congreß stattfand, christlich, dann allerdings rechnen wir uns in Ihrem Sinne mit Stolz in die Klasse der Revolutionairs, und lassen geduldig den Bannfluch über uns ergehen, den Sie mit einem Ihres gläubigen Publicums würdigen Eifer über die politischen Rezer aussprechen. † †

Die handelspolitischen Conferenzen zu Bamberg und zu Darmstadt.

Vor ganz kurzer Zeit bot sich in den momentanen Zeitverhältnissen dringend Veranlassung, eine Lehre der neuesten Geschichte über die Folgen einer heftigen Grenzboten. II. 1852.

Opposition Kurheffens gegen den preussisch-deutschen Zollverein zur Zeit der Entstehung desselben in diesen Blättern vorzuführen. Seitdem sind manche wichtige Erscheinungen auf dem Gebiete der Volkswirtschaftspolitik neu hervorgetreten. In rascher Folge änderten sich die Frontstellungen der Diplomatie; in Dingen, bei denen es sich um Normen für manche Jahre und um ein gutes Stück Wohl oder Wehe vieler Millionen handelt, wirft man sich in hastiger Eile bald hierhin bald dorthin, als ob schon der Wechsel an sich größere Sicherheit und stärkern Vortheil biete. Je näher die Conferenzen der Zollvereinsstaaten in Berlin rücken, um so rascher ändern sich die Positionen der Beteiligten, um so wirrer wird die Sachlage trotz der vermehrten Besprechungen und Uebereinkünfte. Es ist nicht zu verwundern; mächtige und sich widerstrebende Interessen sind im Spiele, eben dadurch wird der freie Blick auf die natürliche Bahn und Richtung getrübt. Wie einfach war die Sachlage, so lange man Anhänger der österreichischen Zolleinigung denen gegenüberstellen konnte, die entschieden für den Fortbestand des Zollvereins waren. Aber bald kam bei Manchen das halbe Wollen und das Wollen des Halben und alles dasjenige, was den Schild der Vermittelungsbestrebungen und die Rücksichten auf die Nation vor sich hielt. Auch die Resultate, welche uns die Besprechungen der Minister von Sachsen, Bayern und Württemberg zu Bamberg hervorgegangen sind, können allem Anschein nach die Vereinbarung eines neuen Friedens- und Bundesgenossentractates zwischen den Mitgliedern des Zollvereins auf den Berliner Conferenzen nur erschweren; es ist dieses jetzt noch wahrscheinlicher geworden, nachdem es gelungen ist, auch eine Reihe von kleineren Staaten für die Zielpunkte der Bamberger Beschlüsse einzunehmen, vielleicht bereits zu gewinnen.

Wenn nicht Alles trügt, so sind die Stipulationen der Bamberger Uebereinkunft die Grundlage gewesen oder geworden, auf welcher es insbesondere dem bayerischen Ministerium gelang, die erhobene Frage über seinen Fortbestand zu seinen Gunsten zu entscheiden. Man hatte sich in manchen deutschen Staaten, ähnlich wie auf rein politischem Felde bei Gelegenheit des Bundesexecutionszuges gegen Kurheffen — nach den handelspolitischen Vorschlägen Oestreichs und der Gegenoperation Preußens durch den Vertrag mit Hannover mit großer Entschiedenheit, ja mit einer gewissen freudigen Lust in die Opposition gegen Preußen geworfen; manche Ministerien thaten große Schritte auf dieser Bahn, welche die im Verlaufe der Zeit immer dringlicher mahnende Berechnung der Dinge sehr bedenklich erscheinen ließ. Auch hatte bald der ungemein erstarckte Particularismus die Furcht vor preussischen Vergrößerungsplänen abgeworfen; mit Sorge empfand man dagegen den Druck der österreichischen Umarmung, mit größerer Sorge sah man die zukünftige Gewaltstellung der anschwellenden „vires unitae.“ Aber während die Souveraine mehr und mehr ihre seitherige Stellung in dem Zollvereine wiederanzunehmen geneigt erschienen, waren die Ministerien engagirt, und mehr noch

gegen Preußen, als für Oestreich; die Grundlinien der demnächstigen Handelspolitik waren scharf und stark gezogen und mit einer Emphase ausgesprochen, welche ein entschiedenes Aufgeben unmöglich erscheinen lassen mußte. Die Beschlüsse der Bamberger Conferenz lassen allem Anschein nach den Plan eines entschiedenen Anschlusses an Oestreich fallen, stoßen — wenigstens eventuell — Preußen weg, und suchen für die volle Selbstständigkeit der betreffenden Mittelstaaten eine neue Grundlage. Sehen wir recht, so vollzieht sich jetzt vollständig der Parallelismus zu den früheren politischen Anstrengungen. Der Septembervertrag Preußens mit Hannover war auch ein Act politischer Nothwehr; Preußen hätte in früheren Zeiten vielleicht zu besseren Bedingungen, sicherlich in einer bessern Weise die norddeutschen Staaten in den Zollverein ziehen können. Jener Vertrag ist die entschiedenste Operation gegen Oestreich, welche Preußen seit 1848 unternommen hat; er war eine opferreiche Gewaltanstrengung, um einen Ersatz für die großen Einbußen auf dem politischen Gebiet anzubahnen. Aus gerechter Besorgniß von den allgegenwärtigen Gegenmienen Oestreichs mußte Preußen die Gefühle der handelspolitischen Bundesgenossen peinlich verletzen, aber es gewann doch eine neue Brustwehr auf dem Felde, wo es noch immer eine starke Position behauptet. Aber auch Oestreich erkannte die Bedeutung der Zolleinigung, gegen die es so lange gleichgiltig gewesen war; es fühlte, daß die materielle Einigung für Deutschlands bevorstehende Entwicklung fast mehr besagen wolle, als die politische; es ahnte wol auch, daß mit der östreichischen Zolleinigung Gesamtösterreich in den deutschen Bund einziehen werde, trotz englischer und französischer Proteste. Die großen Erfolge auf dem politischen Gebiete verließen der östreichischen Regierung die Siegesahnung des Stärkern, wie sie ihr die Bundesgenossenschaft der mittleren und kleineren Staaten zuführten. Aber zum zweiten Male binnen wenigen Jahren ist in den mittleren und kleineren deutschen Regierungen das Streben nach einer vollständigen Emancipation von dem nördlichen wie von dem östlichen primus inter pares hervorgetreten, und zum zweiten Male sucht sich Bayern an die Spitze einer dritten Macht in Deutschland zu bringen. Wir erkennen in den Beschlüssen der Bamberger Conferenz eine Wiederaufnahme des Gedankens an einen Zusammenschluß des neben Oestreich und Preußen ver selbstständigten übrigen Deutschlands, in welchem Bayern präponderiren muß; es ist der alte bayerische Plan der deutschen Trias, dessen Verwirklichung jetzt auf dem handelspolitischen Gebiete erstrebt wird. Man soll sich in Bamberg darüber verständigt haben, bestimmte Forderungen, durch welche das Interesse der süddeutschen Staaten insbesondere und vorzugsweise gewahrt erscheint, auf dem Berliner Congresse an Preußen zu stellen, und wenn dieselben nicht zu erlangen seien, ein selbstständiges Zollvereinsgebiet zu constituiren, falls sich für dasselbe eine Ländermasse mit wenigstens 10 Millionen Einwohnern gewinnen lasse. Man hat bereits den weitem Schritt gethan, auch Abgeordnete der Regierungen von

Baden, Nassau und den beiden Hessen zu einer Zusammenkunft nach Darmstadt einzuladen, welche von diesen wirklich beschickt worden ist. Oestreich scheint den Plan möglichst zu unterstützen, da es einerseits in den stipulirten Bedingungen seine Pläne auf die Einigung mit dem Zollvereine gefördert sieht, und andererseits wenigstens eine Sprengung des seitherigen preussischen Zollverbandes in Aussicht steht. Man ist bemüht, durch die Presse in Bayern, Sachsen u. s. w. die öffentliche Meinung für den Plan dadurch zu gewinnen, daß man darauf hinweist, wie günstig die verabredeten Forderungen für das Interesse Bayerns, Sachsens u. s. w. ausgefallen sind.

Darauf nun wird man vor allen Dingen nicht stark genug hinweisen können, daß es ein gar leichtes Geschäft ist und gar keinen Beleg für die Stärke der Befähigung zu schwierigen Operationen abgeben kann, wenn man für einen abzuschließenden Pact eine Reihe von Bedingungen aufstellt, durch welche man das Eigeninteresse in einer stark hervorspringenden Weise bedacht hat; es wird darauf ankommen, ob die Bedingungen auch in der Natur des Verhältnisses liegen und nicht die Interessen der Mitspaccicenten ungebührlich verletzen. Gerade dadurch unterscheidet sich der billige Vertrag von den dictirten Forderungen des Stärkern und der sogenannten Löwentheilung, daß man für sich in Anspruch nimmt, was der Andere ungezwungen zuzugestehen vermag, und daß man dafür zu geben bereit ist, was einen gerechten Gegenwerth bietet. Gerade weil wir entschieden die Meinung von uns fern halten, daß man in Berlin nur Drohungen vorbringen, diese aber nicht verwirklichen wolle, falls man mit ihnen nicht durchdringt, halten wir es für sehr zeitgemäß, daß man sich ohne Illusionen die Folgen des zu Bamberg in Aussicht gestellten handels-politischen Sonderbundes vor Augen führe. Und da möchten wir, durchdrungen von der bedeutungsvollen Schwere der bevorstehenden Entwicklung der Dinge, noch einmal auf ein Blatt der neuesten Geschichte verweisen, obwohl wir nicht vergessen, wie wenig man geneigt ist, die Lehren der Geschichte zu beherzigen. Nicht über die ökonomischen Ergebnisse des Zollvereins für die producirende Bevölkerung wie für das finanzielle Interesse der Regierungen; denn diese sind so allgemein bekannt constatirt, daß es überflüssig erscheinen muß, etwaigen Zweifeln noch entgegenzutreten. Der ältern Generation unter uns wird es noch lebendig genug im Gedächtniß sein, mit welchen Antipathien der Zollverein bei seinem Entstehen und ersten Anwachsen von Regierungen und Bevölkerungen in den meisten deutschen Staaten empfangen wurde, wie dann die gegnerischen Stimmen sich allmählich in beipflchtende und lobende verwandelten, bis die exacten Zahlangaben keinen Raum zu Widersprüchen ließen. Während es gelang, dem Ausland gegenüber eine deutsche Handelspolitik aufzubringen und in Respect zu setzen, die Industrie im Innern mannichfaltig zu heben, dabei doch auch die finanziellen Ansprüche der Separatregierungen hinlänglich zu befriedigen, erhielt das große Geschrei über preussische Vergrößerungssucht, Herrschgier u. s. w.

ein vollständiges Dementi. Nur das wird man gerade jetzt wol beachten müssen, daß es eine gar alte Klage der Zollvereinsstaaten ist, wie mißlich es sei, daß das Zollvereinsgebiet nicht bis zur Nordsee ausgedehnt werden könne, und daß die meisten deutschen Staaten in den preußischen Zollverband eintraten, als in demselben noch lange nicht die Schutzzollmaßregeln einen so breiten Boden gewonnen hatten, wie dieses gegenwärtig und voraussichtlich in der nächsten Zukunft der Fall ist. Nicht laut genug aber wird man in das Gewirre der Anstrengungen in den gegenwärtigen Tagen hineincufen können, daß Bayern und Württemberg, Sachsen und Baden, die beiden Hessen und Nassau doch schon in den dreißiger Jahren die Nöthigung an sich selber erfahren haben, aus einem Verbande, wie er durch die Bamberger Uebereinkunft in Aussicht gestellt worden ist, herauszutreten, und sich dem großen preußischen Zollvereine anzuschließen; es erfolgte dieses sogar wenigstens von einem Staate durch Bruch des bestehenden Vertragsverhältnisses. Im Anfang der dreißiger Jahre bestand abgesehen von Oestreich: der Zollverein Preußens mit Hessendarmstadt nebst einigen Enclaven, welche von preußischem Landesgebiet umschlossen waren; er umfaßte 13,428,000 Einwohner auf 5288 Quadratmeilen. Sodann der bayrisch-württembergische Verein, dem noch einige kleine badische Enclaven und die beiden Hohenzollern angeschlossen waren mit 5,646,000 Einwohnern auf 1765 Quadratmeilen. Der Einbecker Verein für Hannover, Kurhessen, Oldenburg und Braunschweig mit 2,646,000 Einwohnern auf 1087 Quadratmeilen, und der mitteldeutsche Verein, welcher das Königreich Sachsen, Sachsen Weimar, die sächsischen Herzogthümer, Nassau, Homburg, Rudolstadt und die reußischen Länder mit 2,530,000 Einwohnern auf 656 Quadratmeilen umfaßte. Die letzteren beiden hatten nicht einmal einen gemeinschaftlichen Mauthverband. Aus diesen Verbindungen traten bald genug, nachdem der preußische Zollverein sein Ziel und seine Praxis manifestirt hatte, die deutschen Regierungen heraus, zweifellos auf dem guten Grunde von reichen Erfahrungen aus dem wirklichen Leben. Man kann sich möglicher Weise in dem Zusammenschluß mit den gesammten östreichischen Ländern einen Fortschritt für das wirtschaftliche Getriebe in den rein deutschen Ländern vorstellen, die Ausichten aber, welche die Stipulationen der bamberger Conferenz eröffnen, werfen die betreffenden Staaten unsrer Ansicht nach offenbar auf eine wohlweislich verlassene Situation zurück. Wir übersehen durchaus nicht, daß man sicherlich einen eigentlichen Zollverein und nicht eine bloße Handelseinigung mit Verträgen zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs abzuschließen gedenkt; auch nicht die Bedeutung der Bedingung, daß wenigstens 10 Millionen Menschen auf dem selbstständig zu vereinigenden Gebiete sesshaft sein müssen. Man wird sich beeilen, für die vom Zollverein abgeschiedene Völkermasse in voller Stärke die Schutzzollmaßregeln in Anwendung zu bringen, die man bedroht sieht oder vergeblich zu erweitern suchte. Abgesehen davon, daß sich dann auch in Deutschland der Gegensatz

zwischen dem Consumtionsinteresse und dem Interesse der Producenten zu einer bisher noch nicht erfahrenen Stärke herausbilden wird, muß es sich in kürzester Frist zum zweiten Male zeigen, daß dem Complex von Staaten, die man zu einem süddeutschen Zollverein zu vereinigen sucht, diejenigen Bedingungen abgehen, welche eine Vervollständigung der Handelspolitik und der volkswirtschaftlichen Maßnahme im Allgemeinen zu empfehlen vermögen. Man wird es wol nicht aus der Praxis unsrer Zeit zu erhärten brauchen, daß das Ausland auf die Maßregeln, welche ein „ausgiebiges“ Schutzollsystem nöthig macht, mit analogen Retorsionen zu antworten pflegt. Für ein Handelsgebiet, welches das ausgiebige Schutzollsystem als Banner seiner Volkswirtschaftspolitik erhebt, ist es deshalb unumgänglich erforderlich, daß es entweder in dem eigenen Binnenlande einen hinreichenden Absatzmarkt für die Producte der künstlich entwickelten Industrie besitzt, oder daß es über die Landesgrenzen der im Activhandel concurrirenden europäischen Nachbarn hinaus sich einen weiten Absatz zu verschaffen vermag, wo ihm keinerlei Retorsionsmaßregeln zur Begründung ausgiebiger Schutzölle hinderlich in den Weg treten. Daß für den letztern Ausweg dem von Bayern am eifrigsten betriebenen süddeutschen Zollvereine alle Bedingungen fehlen, ist wol Jedermann an sich klar. Die Schweiz braucht so wenig ängstlich auf den Import deutscher Industriewaaren zu blicken, daß sie inmitten protectionistischer Nachbarn die Grundsätze des freien Verkehrs aufrecht erhalten kann; gerade so versteht sie es, sich einen, wenn auch noch so schwer bedrückten, Export in die Weite zu erhalten. Oestreich wird sicherlich die Erstarbung seiner eigenen Industrie mehr im Auge behalten, als daß es seine Länder als ein nothwendiges Marktgebiet für die süddeutschen Industriellen ganz offen zu halten bereit erscheinen wird; und das Handelsgebiet des preussisch deutschen Zollvereins wird der Politik abgefallener Bundesgenossen auch nicht die Wege eben und breit machen. Auf der andern Seite weiß Jeder, der nur einigermaßen mit den Erwerbszweigen, insbesondere der süddeutschen Staaten, wie Bayern, Württemberg, Baden u. s. w. bekannt ist, wie groß dort die Homogenität der protectiven Beschäftigungen ist, und wie dieselbe fortwährend im Zunehmen begriffen ist. Wie weit ist das für den neuen Bund beabsichtigte Landesgebiet davon entfernt, Bevölkerungen mit einander in eine Zolleinigung zu bringen, von denen etwa die eine Hälfte vorzugsweise von der Urproduction und die andere von der Fabrikation ihren Erwerb zu gewinnen sucht. Es ist nicht viel anders, als wenn jedes dieser Länder für sich ein besonderes Schutzollsystem zu Gunsten der inländischen Industrie aufzurichten unternehmen würde. Insbesondere werden die Industriellen in den nördlicheren Staaten, wie Sachsen und Kurhessen, gar wohl wissen, wohin die Exportzüge ihrer Fabrikate hauptsächlich gehen. Wir sind weit entfernt zu meinen, daß nicht auch die volkswirtschaftlichen Thätigkeitsäußerungen den allgemeinen und höchsten Interessen des Staatslebens zu dienen bestimmt seien, und wir geben gern zu, daß auch die Projecte von Zolleinigungen

Gesichtspunkte und nothwendige Mittel zur Begründung einer gesunden nationalen Politik fördern und tragen sollen. Nur zähle man nicht in einem solchen Falle wirtschaftliche Vortheile denen auf, welche sich durch solche allein bestimmen lassen, und rechne niemals bloße Antipathien, unfreundliche Stimmungen und vortheilig angenommene Situationen unter die nothwendigen Fundamente einer tüchtigen und gewissen Politik.

Wenn sich die sämtlichen in Darmstadt vertretenen Regierungen für ihre Länder dem Projecte, welches aus den Bamberger Besprechungen hervorgegangen sein soll, anschließen, und für den Fall, daß man in Berlin nicht durchzudringen vermag, beharrlich aushalten, so wird sich nicht bezweifeln lassen, daß die für die Begründung eines selbstständigen süddeutschen Zollvereins nöthig erachtete Zahl von mindestens 10 Millionen Seelen zusammenkommen wird. Zwar Bayern, (1846: 4,504,874 E.), Sachsen (1843: 1,757,800 E.) und Württemberg (1846: 1,743,827 E.) würden für sich allein nicht genügend erscheinen; rechnet man aber die übrigen Staaten noch hinzu, welche in Darmstadt vertreten sein sollen, nämlich Baden (1846: 1,379,747 Einw.) Darmstadt (1846: 852,679 Einw.), Kurhessen (1843: 732,073 E.) und Nassau (1843: 417,708 E.); so kommt eine 10 Millionen Seelen übersteigende Zahl heraus, und der Ueberschuß muß bei dem gegenwärtigen seit 1843 und 1846 gestiegenen Stand der Bevölkerungen in den betreffenden Ländern noch größer sein.

Man kann sich kaum über den endlichen Ausgang einer süddeutschen Sonderverbindung täuschen. Würde derselbe ein neues Grundprincip für die gesammte Haltung der Handelspolitik aufstellen, welches sich wesentlich von der österreichischen, wie von der preussischen Zolleinigung unterschiede, d. h. würde dieselbe mit Entschiedenheit die Grundsätze und die Praxis des Freihandelsystems bestimmt und consequent zu verwirklichen suchen, so ließe sich eine bedeutungsvolle Entwicklung dem Vereine in Aussicht stellen. Da aber nichts weniger als dieses zu erwarten steht, und vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach die eventuelle Handelspolitik des eventuellen Vereins sich als eine Mitte zwischen den Intentionen der preussisch-hannoverschen Verbindung und der von Oestreich wenigstens momentan aufgegebenen Position herausstellen wird, so wird dieser süddeutsche Zollverein der Anziehungskraft der größeren Vereine und insbesondere des österreichischen Handelsgebietes nicht zu widerstehen vermögen. Eben deshalb glauben wir bestimmt, nur Früchte für Oestreich aus den Resultaten der Bamberger Uebereinkunft in Aussicht stellen zu können. Ja, wir möchten es als nicht minder sicher bezeichnen, daß eben die Staaten, um deren freie Entschließung sich jetzt Alles zu drehen scheint, weil sie das entscheidende Uebergewicht in einer der beiden Wagschalen zu legen geeignet erscheinen, sich dann, wenn später die Nöthigung eines Anschlusses an einen der beiden größeren Vereine, oder vielmehr, wegen der wahrscheinlich größern Harmonie in den handelspolitischen Grundprincipien, wenn auch

nicht in den wahren Interessen ihrer Bürger, die bedenkliche Nöthigung eines Anschlusses an das östreichische Zollgebiet sich unwiderstehlich geltend gemacht haben wird, in einer weit minder günstigen Lage zur Aufstellung von Bedingungen befinden werden, als jetzt, wo sie — nach langer und reiflicher Ueberlegung der Sachlage trotz mancher lebhaften Wünsche und geneigter Stimmungen sich zu dieser Einigung mit dem länder- und völkerreichen Kaiserstaate nicht entschließen können.

Uebervölkerung und Auswanderung.

Die wiederkehrende Noth der arbeitenden Klassen wird oft aus „Uebervölkerung“ und „Ueberproduction“ hergeleitet; und die Auswanderung gilt als das beste Mittel zur Hebung dieses Uebelstandes. So weit ist man noch nicht gegangen zu behaupten, daß die Vermehrung der Menschen künstlich vermindert, oder ein bestimmter Theil der bereits Geborenen getödtet werden müßte, obwohl es nicht an gelehrten Hebammen fehlt, welche den Krieg als eine höchst nothwendige Sache zur Verhütung übermäßiger Vermehrung des Menschengeschlechts betrachten.

Daß die Begriffe „Uebervölkerung“ und „Ueberproduction“ neben einander nicht wohl bestehen können, daß noch weniger der Zustand der vermeintlichen Ueberproduction durch die Uebervölkerung hervorgerufen werden kann, das sollte eigentlich des Beweises nicht erst bedürfen. Es begreift sich leicht, daß ein einziger Schuhmacher ein Ueberproducent sein müßte, wenn er innerhalb eines abgeschlossenen Bezirkes als einziger Mensch lebte und sein Handwerk täglich üben wollte, und es leuchtet ein, daß je größer die Bevölkerung eines Bezirkes ist, um so größer auch das Bedürfniß nach Producten, also auch nach Producenten sein wird. Wie sich aber demnach der Producent stets da am besten befindet wird, wo die Bevölkerung am zahlreichsten ist, — und die Erfahrung lehrt dasselbe, — so wird auch diejenige Bevölkerung die glücklichste sein, welche die meisten Producenten zählt. Unstreitig wird hier das einzelne Product am billigsten sein, also jeder Consumant, gleichviel ob er selbst Producent ist oder nicht, sich seine Bedürfnisse um den geringsten Werth, d. h. die geringste Arbeit, also deren am meisten verschaffen und damit hier persönlich am reichsten sein können. Da aber auch jeder Producent mehr an Werth producirt, als er consumirt, weil der Lohn, welchen er für die Arbeit erhält, jederzeit geringer sein muß, als der Werth dieser Arbeit, so ist jeder thätige Arbeiter ein werbendes Capital für das Land, und das Land wird daher auch in der Gesamtheit seiner Werthe um so reicher sein, je mehr es productive Hände beschäftigt.